



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

13. Sitzung vom 06. Dezember 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 21.58 Uhr

Leitung: Sven Inäbnit (Präsident)

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Bettina Benthaus, Nora Frey, Susanna Keller, Roman Oberli, Andrea Schilling,
Susanne Tribolet

Christoph Maier (ab 20.30 Uhr)

Präsident:

Sven Inäbnit

Protokoll:

Claudia Guyaz

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Sven Inäbnit, FDP begrüsst herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Insbesondere möchte er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter, Frau Claudia Guyaz für die Protokollführung und die Bedienung der Abstimmungsanlage, die weiteren Mitarbeitenden der Verwaltung, Vertreter der Medien und ganz herzlich alle Zuschauerinnen und Zuschauer. Ein besonderes Willkommen geht heute an die Musikschule mit der Leiterin Frau Letizia Walser und jungen Talenten, von welchen wir heute im Verlauf des Abends noch mehr hören werden. Er hofft, dass bereits viele der Einwohnerratsmitglieder im kleinen Sitzungszimmer das iPad in Empfang nehmen konnten, weil die Sitzung heute doch an einem speziellen Tag abgehalten wird. Damit haben sicher alle ein Präsent, aber sicher keine Rute verdient.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident möchte gleich zu Beginn noch einmal die gültigen Corona Regeln für die Sitzung in Erinnerung rufen. Es besteht Maskenpflicht während der ganzen Sitzung und die Abstände sollen eingehalten und die Hygieneregeln befolgt werden. Die Gästezahl ist beschränkt aber niemand musste ausgeschlossen werden und die Sitzung wird wie üblich aufgezeichnet und ist morgen ab der Homepage hörbar.

Es ist ein spezielles Jahr. Früher durften die Einwohnerratspräsidentinnen und –präsidenten zahlreiche Repräsentationsaufgaben wahrnehmen, das ist ein schöner Teil der Aufgaben des Präsidiums. Im Moment ist dies eher selten der Fall. Es gab jedoch eine Aktion, an welcher das Präsidium den Rat repräsentierten durfte, dazu gibt er Beatrice Büschlen das Wort.

Beatrice Büschlen, Grüne, erzählt von Wales, England, welches allen Haushalten einen Baum schenkt, um den Klimawandel zu bekämpfen. Binningen wird regelmässig von der Firma Alabor beschenkt, dieses Jahr war es eine Traubeneiche. Sie steht am oberen Teil, am Hang, entlang der Paradiesstrasse und wurde mit Hilfe von Binninger Schülerinnen und Schülern gepflanzt. Sie durfte dabei sein und es war eine Freude zu sehen, wie diese Schülerinnen und Schüler in Aktion Löcher gebuddelt haben, die schweren Schaufeln benutzt haben und Hacken, wie sie anschliessend auf die Leiter gestiegen sind und die Hölzer mit einem Riesenhammer in den Boden gestossen haben. Sowohl Knaben wie auch die Mädchen. Sie bedankt sich recht herzlich, es gibt wieder einen Baum welcher jahrzehntelang in Binningen stehen wird.

Mit Schreiben vom 3. November 2021 hat Luzi Jehle, SP, seinen Rücktritt per Ende 2021 aus dem Einwohnerrat wegen Wegzug aus Binningen erklärt. Luzi Jehle wurde 2020 von der Liste der SP Binningen neu in den Einwohnerrat gewählt. Von seiner Fraktion wurde er dann als Mitglieder der Bau- und Planungskommission und als Ersatzmitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt und als Mitglied in den Primarschulrat delegiert. Der Einwohnerrat bedankt sich bei Luzi Jehle herzlich für die leider kurze aber effektive Mitwirkung im Rat, seine wertvollen und konstruktiven Beiträge in Rat und Kommissionen und seine politische Arbeit in Binningen insgesamt. Vor allem hoffen alle Politinteressierten hier im Saal, dass Luzi Jehle seine politische Ader weiterleben kann und hoffentlich an einem anderen Ort die dortige Politik wieder aktiv mitgestalten wird. Er wünscht ihm alles Gute und bedankt sich herzlich, er überreicht ihm zum Abschied ein Präsent als Dank. *[Applaus]*.

Der *Einwohnerratspräsident* informiert den Rat über einen weiteren, kurzfristigen Rücktritt. Die heute abwesende Nora Frey wird genau gleich, per 31.12.2021, aus dem Rat aus geschäftlichen Gründen austreten. Leider ist sie heute für die letzte Ratssitzung verhindert. Die Verabschiedung von Nora Frey folgt an der nächsten Einwohnerratssitzung.

Des Weiteren möchte er informieren, dass Claudia Guyaz zum letzten Mal unterstützend anwesend ist. Als temporäre Vertretung von Linda Gerstner ist sie engagiert seit August 2021 dem Rat beigestanden und hat dem Präsidenten sehr geholfen, die Rats- und Bürositzungen zu organisieren. Sie hat unsere Beratungen genau protokolliert, das war immer sehr akribisch und komplett. Er bedankt sich bei Claudia

Guyaz, welche eine neue Herausforderung in einer Festanstellung gefunden hat, ganz herzlich für alles und wünscht ihr nur das Beste für die Zukunft. [Applaus].

Die Dezembersitzung wurde früher traditionell mit einem Apéro beschlossen, wo man sich alles Gute wünschen konnte für die kommende Zeit, man konnte sich noch einmal mit den Gästen unterhalten oder unter den Räten. Leider ist dies auch im zweiten Corona-Jahr wieder nicht möglich, schon nach dem Verzicht darauf im letzten Jahr. Dies tut ihm sehr leid, aber die Situation lässt es nicht zu, im Kronenmattsaal im Anschluss an die Sitzung einen Austausch und Apéro zu pflegen. Er freut sich trotzdem aber umso mehr, mindestens etwas Stimmung an diesem St. Nikolaus-Tag in den Saal zu bringen. Der Einwohnerratspräsident freut sich über die Zusage der Musikschule, zwei kurze Intermezzi zu spielen. Dazu hat er mit Frau Walser, Schulleiterin der Musikschule, diskutiert und organisiert. Sie wird die Talente kurz vorstellen. Er bedankt sich bereits jetzt bei den Beteiligten der Musikschule für ihren Beitrag.

Abwesenheiten

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung Andrea Schilling, Grüne, Susanne Tribolet, SP, Roman Oberli, SVP, Susanna Keller, SVP und Nora Frey, FDP, Bettina Benthaus, SP. Das heisst es sind 34 Anwesende und das absolute Mehr beträgt heute 18. Das 2/3-Mehr liegt bei 23.

Heute ist ein neuer Vorstoss eingereicht worden. Es handelt sich um eine Interpellation von Beatrice Büschlen, Grüne/EVP-Fraktion und Thomas Haefele, FDP-Fraktion, zur Nutzung Kronenmattsaal durch die Sekundarschule.

Der *Präsident* führt wiederum eine Testabstimmung zur Überprüfung der Abstimmungseinheiten durch. Alle Geräte und das System funktionieren.

Es wird mit der Traktandenliste weitergefahren.

Der Gemeinderat hat am 6. Dezember 2021 das ER-Büro über den Rückzug des Geschäfts Nr. 88 Infrastrukturfondsreglement orientiert. Der Gemeinderat ist bereit aufgrund von verschiedenen Rückmeldungen und Anträgen weitere Abklärungen zu treffen, um so das Geschäft später wieder in den Rat zu bringen. Damit entfällt Traktandum 5.

Barbara Fankhauser, SVP hat ihren Rücktritt aus der Bau- und Planungskommission per 31.12.2021 bekannt gegeben. Unter Traktandum 2.1 ist bereits eine Ersatzwahl in die BPK in Zusammenhang mit dem Rücktritt von Luzi Jehle traktandiert. Das ER-Büro schlägt deshalb dem Einwohnerrat einstimmig vor, unter Traktandum 2.1 auch noch gleich die Ersatzwahl von Barbara Fankhauser in die BPK vorzunehmen.

BESCHLUSS

://: Die Anpassung der Traktandenliste wird wie folgt beschlossen:
2.1 Ersatzwahlen zweier Mitglieder in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2024
5. Infrastrukturfondsreglement entfällt

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird bereinigt und gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 01.11.2021	
2. 2.1 Ersatzwahlen zweier Mitglieder in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2024	90
2.2 Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2024	91
2.3. Ersatzwahl eines Mitglieds in den Primarschulrat für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2024	92
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.09.2021 Budget 2022, Leistungsaufträge 2022, Finanzplan 2023 – 2026 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der GRPK zum Budget 2022	81 81A
4. Bericht / Antrag der Spezialkommission Schulraumplanung vom 15.11.2021 Bericht Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2021 Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger	65
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.11.2021 Postulat BPK: Fahrradweg im Perimeter Schulcampus Dorf Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	73
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.11.2021 Postulat Th. Schwarb, Grüne/EVP-Fraktion: Ergänzung des Jahresberichts Geschäftskreisführung: Mike Keller	74
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.11.2021 Interpellation B. Fankhauser, SVP-Fraktion: Stand Versorgungsregion Geschäftskreisführung: Barbara Jost	79
8. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 01.11.2021

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2.1

Gesch. Nr. 90

Ersatzwahlen zweiter Mitglieder in die Bau- und Planungskommission

Gemäss GO §49 Absatz 2 gilt das Prinzip der Stillen Wahl, wenn die Anzahl der vorgeschlagenen der Anzahl zu wählenden entspricht.

Simone Abt, SP freut sich im Namen der SP-Fraktion Brigitte Strondl für die BPK vorzuschlagen.

Barbara Fankhauser, SVP schlägt im Namen der SVP-Fraktion Konrad Widmer für die BPK vor.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode werden Brigitte Strondl, SP, und Konrad Widmer, SVP, als Mitglieder in die BPK gewählt.

Traktandum 2.2

Nr. 91

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Simone Abt, SP freut sich im Namen der SP-Fraktion Erik Schellenberg als stellvertretendes Mitglied in die GRPK vorzuschlagen.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Erik Schellenberg, SP, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

Traktandum 2.3

Nr. 93

Ersatzwahl eines Mitglieds in den Primarschulrat

Für den Rücktritt von Luzi Jehle ist ein Mitglied neu in den Primarschulrat zu wählen.

Stephan Appenzeller, SP freut sich im Namen der SP-Fraktion Michelle Abt für dieses Amt vorzuschlagen. Auf den Tischen liegen die ausführlichen Angaben zu ihrer Person auf.

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Michelle Abt, SP, als Mitglied in den Primarschulrat gewählt.

Traktandum 3

Nr. 81 / 81A

Budget 2022, Leistungsaufträge 2022, Finanzplan 2023 – 2026 Bericht GRPK zum Budget 2022

GRPK Präsident Christoph Maier, FDP informiert, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission ihre jährliche Prüfung des Budgets entsprechend ihrer gesetzlichen Aufgabe wahrgenommen hat und legt dem Einwohnerrat ihre Anträge mit dem vorgelegten Bericht zur Abstimmung vor. Die Anmerkungen zum Budget beschränken sich auf zwei Hinweise zur Versorgungsregion und die immer wichtiger werdende IT Sicherheit. Wenige Anmerkungen bedeuten, dass selbst nach Rückfragen durch die einzelnen Subkommissionen keine Fragen offen blieben und im Umkehrschluss, dass die vorgelegte Qualität des Budgets auf einem qualitativ sehr hohen Niveau ist.

Die Hauptaufgabe der Kommission ist aber zu beurteilen, ob das Budget Ausgaben vorsieht, welche in Anbetracht der Einnahmen, tragbar sind. Dies kann ohne jedes Zögern bejaht werden. Das Budget für das Jahr 2022 kann die Gemeinde in jedem Fall stemmen. Dies gilt auch für den Fall, dass die Steuererhöhung in diesem Rat nicht die benötigte Mehrheit finden sollte. Allerdings dann mit dem Schönheitsfehler, dass möglicherweise auf das angesparte Eigenkapital zur Deckung der Ausgabenlücke zurückgegriffen werden müsste. Tragbar wäre das aber im kommenden Jahr auch in diesem Falle.

Langfristiger sieht es dann aber anders aus, wenn der Steuersatz nicht angepasst würde, dann rutscht die Gemeinderechnung innerhalb des Planungshorizonts von fünf Jahren in ein strukturelles Defizit. Diese Tatsache ist denn auch der Hauptgrund warum die Kommission dem Antrag des Gemeinderates folgt und dem Einwohnerrat die Erhöhung des Steuerfusses um 1% auf 49% der Staatssteuer beantragt.

Leicht hat es sich die Kommission mit diesem Antrag nicht gemacht. Die Argumente für und wider wurden gegeneinander abgewogen bevor die Abstimmung innerhalb der Kommission dann aber doch ein klares Ergebnis brachte. Nur vereinzelte Kommissionmitglieder wollen den Steuersatz nicht anpassen, weil sie darin eine Steuererhöhung auf Vorrat sehen.

Wie sieht es nun aber damit aus, warum besteht auch in der finanziell so starken Gemeinde Binningen der Bedarf nach höheren Steuern?

Die Gründe sind seit längerem bekannt und auch der Gemeinderat hat diese bereits im letzten Budget angekündigt. Aber erlauben Sie mir doch Ihnen diese Gründe noch einmal in Erinnerung zu rufen:

- Die geplanten, grossen Investitionen werfen ihren langen Schatten voraus. Jeder investierte Franken führt nämlich, über die mit HRM2 vorgeschriebene Abschreibung, zu einer zusätzlichen Belastung der Erfolgsrechnung und das für die unvorstellbar lange Dauer der nächsten dreissig Jahre. Erlauben Sie mir zu illustrieren, was das konkret heisst: Rund 100 Mio. Franken stehen im Planungshorizont als Investitionssumme an und das bedeutet Abschreibungen in der Höhe von 3.33 Mio. Franken jährlich als zusätzliche Ausgaben.

- Die gute Nachricht ist aber, dass diese Last mit Vorfinanzierungen gegengerechnet werden kann und um jeden so mit Vorfinanzierungen angesparten Franken die Gemeinderechnung zukünftig entlastet werden kann. Rund die Hälfte der geplanten CHF 100 Mio. wurden in den vergangenen Jahren so angespart und entlasten die zukünftigen Rechnungen. Die Verzögerungen in der Realisierung der Investitionen hatten damit auch ihr Gutes: so konnte in den guten Jahren einiges an Vorfinanzierungen angespart werden.
- Der Haken bei der Sache mit den Vorfinanzierungen ist aber, dass diese nur aus Überschüssen gebildet also angespart werden dürfen. Die Rechnung muss also positiv abschliessen. Wer wie andere Gemeinden im Bezirk strukturelle Defizite akzeptiert, der nimmt dann in Kauf, dass keine Vorfinanzierungen gebildet werden können und mangels Bildung von Vorfinanzierungen die Investitionen über hohe Abschreibungen der nächsten Generation vollständig zur Begleichung überlassen werden.
- Die Berechnungen der Gemeindeverwaltung, auch über den Planungshorizont hinaus, zeigen nun aber, dass Binningen ein solches Defizit-Szenario vermeiden kann, wenn die Vorfinanzierungen heute gebildet und die Investitionen zumindest teilweise angespart werden. Bei diesem Planungsstand sind weitere Steuererhöhungen nicht mehr notwendig und das ganze Investitionsprogramm sollte damit langfristig tragbar sein.
- Zusammenfassend geht es also heute um die Frage, will die Gemeinde Binningen eine vorausschauende, langfristig nachhaltige Finanzpolitik fahren oder soll für einen kleinen, kurzfristigen Vorteil die nächste Generation die höhere Belastung tragen?
- Wie ausgeführt hat sich die Kommission grossmehrheitlich für den vorausschauenden und nachhaltigen Weg entschieden, weil er für Binningen und die Steuerzahler langfristig der richtige Weg ist.
- Es sei mir erlaubt darauf hinzuweisen, dass Binningen selbst mit 49% weiterhin zum exklusiven Kreis der fünf steuergünstigsten Gemeinden im Kanton gehört. Andere Gemeinden im Bezirk sind nicht in der gleichen, glücklichen Ausgangslage wie Binningen und diese mussten wie Reinach mit 5.5%, Arlesheim mit 2% oder Oberwil mit 4% massiver erhöhen, ohne damit die gleiche Nachhaltigkeit zu erreichen wie Binningen.

Ein paar mahnende Worte bleiben anzufügen.

- Nur mit weiterhin haushälterischem Umgang mit den Ausgaben im operativen Bereich kann die gute Ausgangslage erhalten werden. Es ist am Einwohnerrat und seinen Mitgliedern dies bei jedem ausgaberelevanten Beschluss im Auge zu behalten.
- Nicht die ganzen geplanten Investitionen können mit Vorfinanzierungen gedeckt werden und es bleibt ein Finanzierungsbedarf der nur teilweise mit der vorhandenen Liquidität finanziert werden kann. Das in der Gemeindeordnung (§41) verankerte, hehre Ziel der vollständigen Selbstfinanzierung kann nicht eingehalten werden und eine gewisse Verschuldung wird zur Finanzierung der Investitionen nicht zu vermeiden sein. Auch deshalb ist weiterhin äusserste Ausgaben- disziplin zu wahren.

Er möchte seinen Bericht nicht schliessen ohne den Mitgliedern der Kommission für ihre engagierte Mitarbeit zu danken. Das ist keine Selbstverständlichkeit und darf deshalb auch einmal besonders erwähnt werden. Ein besonderer Dank richtet sich an Frau Dominique Ehram die stets mit hervorragenden Protokollen unterstützt und den Präsidenten bei der Administration spürbar entlastet hat.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP bedankt sich im Namen der SP-Fraktion für die Arbeit der GRPK und spricht – als Mitglieder der GRPK – ihren Dank dem Präsidenten aus, für die Kommissionsführung und für die eben vorge-tragenen Ausführungen, welche sehr wenig zu ergänzen lassen. Die SP-Fraktion genehmigt das Budget

mit sämtlichen Anträgen und stellt sich hinter die Anträge und Argumentation der GRPK. Sie sind ebenfalls der Meinung, dass es weise war sowohl des Gemeinderats wie auch der Kommission vorzuschauen und eine nachhaltige Finanzierung des Investitionsbedarfs – um welchen kein Weg herumführt – jetzt schon eine Anpassung des Steuersatzes vorzunehmen. Auch die Mitglieder der SP bezahlen nicht gerne Steuern, niemand zahlt gerne Steuern, die kleinen, die mittleren und auch nicht die grossen Budgets. Trotzdem sind sie der Auffassung, wenn ein Berg bestiegen werden muss – und der Investitionsbedarf welcher aufgeworfen werden muss ist zweifellos ein Berg – kann man dies auf zwei Arten tun. Einerseits darauf zu laufen und steigt dann steil darauf, dies ist dann eher anstrengend, ruckartig und unangenehm. Oder man blickt aus der Weite auf die Ausgangslage, geht den Anstieg gemächlich an. Dann wird dieser auch nicht als ganz so steil empfunden und ist sicher weniger belastend für die Leute, welche den Berg erklimmen müssen. Sie unterstützen alle Anträge und sie bittet den Rat, dem gleich zu tun.

Hubert Steffen, SVP bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion bei der zuständigen Gemeinderätin für das vorliegende Budget 2022. Mit grossem Erstaunen haben sie von der geplanten Steuererhöhung von 48 auf 49% Kenntnis genommen. Die völlig unnötig beantragte Steuererhöhung kann die SVP aus nachfolgenden Gründen nicht akzeptieren. Bereits mit dem Budget 2014 wurde von einem strukturellen Defizit mit Fehlbetrag von CHF 5 bis 7 Mio. gesprochen. Für das Jahr 2015 wurde eine Steuererhöhung von 2% beschlossen um ein Investitionsprogramm von CHF 80 Mio. finanzieren zu können. Bis heute wurden diese Gelder in den Ausbau des Staatsapparates investiert und somit nicht dem eigentlichen Zweck zugeführt. Für die Investitionen der kommenden Jahre sind dank Sondereffekte genügend Eigenmittel vorhanden um die geplanten und spruchreifen Investitionen finanzieren zu können. Das Eigenkapital per 31.12. beträgt rund CHF 105 Mio. Das Investitionsvolumen für die kommenden Jahre muss von der geplanten Summe von CHF 180 Mio. mindestens um rund CHF 70 Mio. auf CHF 110 Mio. gekürzt werden. Viele angedachte Investitionen sind noch nicht spruchreif. Luxusbauten sind durch zweckmässige oder bedarfsgerechte Bauten zu ersetzen. Die CHF 180 Mio. schränken die Flexibilität der Gemeinde und der zukünftigen Generation stark ein. Es ist daher unnötig und nicht plausibel zum jetzigen Zeitpunkt eine Steuererhöhung von 1% zu beantragen. Bei einer nächsten Steuersatzerhöhung liegt eine Belastung von 50% vor. Die Höhe ist aus psychologischer Sicht sehr schlecht, um gute Steuerzahlen nach Binningen zu holen. Steuern auf Vorrat zu erheben ist verboten. Das bestätigt übrigens auch die Medienmitteilung des Gemeinderats vom 23. November 2021 betreffend dem Budget 2022. So lange der Entscheid aussteht, ob die Schuldenbremse abgeschafft wird oder durch ein anderes System ersetzt wird, fehlt das Fundament für eine Steuererhöhung. Die Auswirkungen einer Systemänderung sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Sie werden den Eindruck nicht los, dass die geplante Steuererhöhung noch vor einer allfälligen Abstimmung der Schuldenbremse durchgeboxt werden will. In den letzten Jahren wurde der Sach- und Betriebsaufwand jeweils um CHF 1.5 bis 2 Mio. zu hoch budgetiert. Wenn diese Entwicklung aufs Budget 2022 angewendet wird, ist auch ohne Steuererhöhung eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten. Er möchte anmerken, wo da diese Budgetgenauigkeit liegt. In den umliegenden Gemeinden wird laut über eine Steuererhöhung nachgedacht, Arlesheim und Reinach haben bereits einer Steuererhöhung zugestimmt. Binningen hat einen ausserordentlich gesunden Haushalt und erzielt das höchste Steuereinkommen absolut und pro Kopf im Kanton. Wir erzielen absolut mehr Steuereinnahmen als zwei ganze Bezirke zusammen, Laufen und Waldenburg. Eine Steuererhöhung ist deshalb unangebracht. Schulden sind noch nicht bezahlte Steuern. Es ist in Zukunft zu erwarten, wenn die Steuern tief angesetzt sind, potenzielle Neuzugänge für die Gemeinde Binningen zu bekommen. Das ist für die Gemeinde Binningen ein Standortvorteil, welcher genutzt werden muss. Dieser Vorteil darf mit einer Steuererhöhung nicht gebrochen werden.

Andrea Alt, CVP bedankt sich ebenfalls im Namen der CVP/glp-Fraktion bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für das Erstellen vom Budget 2022 und wie auch der GRPK und ihren Präsidenten für die sorgfältige Prüfung. Die Fraktion wird den Anträgen der GRPK folgen und somit auch einer Steuererhöhung von 1% zustimmen. Es ist offensichtlich, dass der Gemeinde in den drei grössten Budgetposten (Bildung, soziale Dienste, Gesundheit) wenig bis gar kein Spielraum bleibt. Umso mehr begrüessen sie

aber eine zukunftsorientierte, langfristige und proaktive Betrachtungsweise, gerade auch im Hinblick auf die vielen, anstehenden Investitionen. Das bedeutet nicht, dass sie grundsätzlich für Steuererhöhungen sind, oder es gerne sehen würden, wenn der Gemeinderat Steuergelder auf Vorrat anhäufen würde. Vielmehr erwarten sie aber eine enge Verknüpfung von dieser Erhöhung mit den anstehenden Investitionen und auch, dass es im kommenden Jahr nicht zu weiteren Verzögerungen kommt. Das auch als Appell an uns. Einer weiteren Erhöhung in den nächsten Jahren werden sie sehr skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstehen. Sie hoffen, der Gemeinderat sieht hier das Wohlwollen des Einwohnerrats und verfolgt die angekündigten Ziele. Ein langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt, die infrastrukturellen Ziele und somit die gezielte Förderung der Attraktivität der Gemeinde. Im Weiteren wünschen sie sich, dass sich der Gemeinderat auch künftig in der IG Finanzausgleich einbringt und einsetzt. Ein Finanzausgleich ist richtig und wichtig, aber es kann nicht sein, dass Binningen jahrelang dringend notwendige Investitionen aus Kostengründen vor sich hinschieben muss.

Peter Frauchiger, FDP informiert, dass sich auch die FDP an der letzten Fraktionssitzung mit dem Budget 2022 befasst hat. Mit dem GRPK Präsidium in der Person von Christoph Maier und weiteren drei GRPK Mandaten tut sie das bekanntlich bestens begleitend und beratend. Vorab will er an dieser Stelle ein explizites Lob an die zuständige Gemeinderätin, Eva-Maria Bonetti, richten. Ihres Erachtens hat sie es in kürzester Zeit geschafft, sich im neuen Geschäftsfeld Finanzen und Steuern bestens zurecht zu finden und leistet so ihren Beitrag zum Erhalt eines stabilen Haushalts in der Gemeinde. In der erwähnten GRPK – in welcher auch selber Mitglied sein darf – wurden folglich in effizienter und effektiver Weise, teils auch kontrovers, die vorberatenden Gespräche geführt, welche zum vorliegenden Bericht geführt haben. Das Budget 2022, welches zur Genehmigung steht, schreibt eine schwarze Null, mit einem rechnerischen Ertragsüberschuss von TCHF 350. Dabei führen die drei Top-Produktgruppen Bildung (mit Abstand) Gesundheit sowie die sozialen Dienste die Ausgaben von summarisch CHF 42 Mio. an, in einem Gesamtausgabenbetrag von CHF 55.2 Mio. Auch nicht neu, führt ihnen das abermals vor Augen, dass sie es im grossen Teil mit gebunden Ausgaben zu tun haben, oder anders gesagt, dass der eigene Einflussbereich im hiesigen Parlament äusserst knapp bis marginal ist. Bevor er zum Hauptpunkt der Steuererhöhung kommt noch eines: es ist auf S. 9 nachlesbar aus ihrer Sicht erfreulich, dass im Finanzausgleich weg vom Peak in den Jahren 2018 und 2020 von knapp CHF 15 Mio. in richtig CHF 10 Mio. geschritten werden konnte. Er kommt jetzt zum Beschluss 4, welcher eine Steuerfusserhöhung von 1% beantragt. Die FDP-Fraktion stimmt dieser mehrheitlich zu, sie trägt aber auch Verständnis für eine kritische, ablehnende Haltung. Zum einen wegen der im Raum stehenden Hypothese, keine Steuererhöhungen auf Vorrat, zum anderen wegen den anstehenden Grossinvestitionen welche im Preisschild nicht nur das Gedankengut von einem verantwortlichen Ressourceneinsatz im Sinne der FDP in sich tragen. Als Beispiel nennt er den Werkhof mit einem aktuellen Planungskredit von CHF 13.67 Mio. Auf der anderen Seite und schliesslich überwiegen diese Punkte in der Abwägung für ein Pro gegenüber einem Contra in dieser Fragestellung, steht ihr Wille, Teil einer aktiven Zukunftsgestaltung der Gemeinde zu sein. Die Alternative an Ort zu treten, wie dies leider zum Teil in den letzten 10 Jahren der Fall war, ist keine mehr. Deshalb ist der Vorschlag einer massvollen, einprozentigen Steuererhöhung der bessere Weg. Dies klar unter der FDP Prämisse, dass dies nicht ein Freipass für stetig kleine Schritte hin zu einer übermässigen Steuerbelastung führt. Im Gegenteil. Die FDP wird laufend die Entwicklung im Kontext von finanzierbaren, zweckmässigen Projektierungen weiter «top of mind» haben und sich somit auch weiter für einen optimalen Steuerbeitrag für die EinwohnerInnen von Binningen einsetzen. Das letztlich auch auf der Grundlage einer 2018 durchgeführten Bevölkerungsumfrage, welche im Leitbild 2030 u.a. nachzulesen ist. Er plädiert hiermit sinngemäss im Namen der FDP für ein knappes Ja.

Karin Glaser, Grüne bedankt sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion beim Gemeinderat für das gut erklärte Budget, es war in den meisten Punkten wirklich klar verständlich und Unklarheiten konnten in den Gesprächen mit den Gemeinderäten eliminiert werden. Ihnen gefällt der Ertragsüberschuss von CHF 0.35 Mio. auch wenn dies nicht gerade unglaublich viel ist, es ist kein negativer Wert. Auch mit einer Steuerfusserhöhung auf 49% gehört Binningen immer noch zu den fünf steuerfussgünstigsten Gemeinden im Baselbiet. Sie haben auch nicht Angst, dass diese Erhöhung nur der Anfang ist von vielen

weiteren Erhöhungen, was sie auch nicht unbedingt befürworten würden. Was auch beruhigt sind die Reserven des Finanzhaushalts. Sie verstehen, dass die grossen zukünftigen Bauinvestitionen diese kleine Steuerfusserhöhung notwendig machen, gleichzeitig hoffen sie, dass die dringend nötigen Gebäude auch tatsächlich einmal gebaut werden oder was nötig ist auch wirklich saniert wird, grosszügig saniert wird, nicht nur mit einer «Pflasterlipolitik». Immer noch ein Dorn im Auge im Budget ist das Schloss. Da sind CHF 5.5 Mio. im Investitionsplan vermerkt, auch wenn das für 2023 – 2026 gilt. Die SpezKo Werterhaltung Schloss hat vom Gemeinderat verlangt, dass er über die Investitionen von den Kosten der bereits getätigten Unterhaltsarbeiten Auskunft gibt. Nach dem dieser Auftrag noch immer nicht erfüllt ist, ist es doch noch kühn, hier CHF 5.5 Mio. einzubringen. Es nimmt hier schon wunder, was mit diesen CHF 5.5 Mio. alles gemacht werden soll und wieviel jetzt bereits ausgegeben wurde. Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt mit Ausnahme von Punkt 8 den Anträgen zu. Bei Punkt 8 stellen sie den Antrag, den Investitionsplan – also die Ausgaben – nur ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich ganz herzlich bei allen für die zumeist positiven und zustimmenden, besonnenen Worte und Voten. Es freut sie sehr, dass das Budget mehrheitlich so positiv aufgenommen wurde, es ist auch für sie nicht toll, wenn eine Steuererhöhung angekündigt werden muss. Es ist aber eine Frage der Vernunft. Um die grossen anstehenden Investitionen zu tätigen und auch weiterhin einen langfristigen, gesunden, nachhaltigen Finanzhaushalt mit einem weiterhin möglichst niedrigen Steuerfuss haben zu können, müssen besonders sorgfältige, weitsichtige und nachhaltige Finanzplanungen und Berechnungen angestellt werden. Insbesondere muss die Finanzstrategie langfristig, professionell und seriös geplant werden. Weg von kurzfristigen Berechnungen und Entscheidungen kommen, damit eben auch langfristig den Nachkommen ein weiterhin attraktives Binningen übergeben werden kann. Mehrmals wurde von diversen Personen erwähnt, dass der Gemeinderat eine Steuererhöhung auf Vorrat anstrebt. Hier kann sie einfach dazu sagen, dass dies nicht der Fall ist. Der Gemeinderat unternimmt alles, um die Zukunft zu sichern und einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt sicher zu stellen. Jetzt wäre ein Budget mit einem negativen Ergebnis vorgelegen. Wenn die Berechnungen angesehen werden, zeigt jeder Teil, dass es jetzt nötig ist, aus einer starken Position heraus zu handeln, welches ermöglicht proaktiv zu sein und die Attraktivität von Binningen weiterhin zu behalten und zu erhöhen. Im vorliegenden Budget wurden nebst der moderaten Steuerfussanpassung auch Sparbemühungen des Gemeinderats berücksichtigt. Die Bemerkung, dass die Budgetgenauigkeit nicht vorliege, weil einmal CHF 1.5 Mio. nicht exakt gestimmt haben, weist sie zurück. Aufgrund von Corona u.a. waren dies auch Themen, welche verschoben werden mussten, welche nicht umgesetzt werden konnten. Das wird es immer wieder geben, es wird immer wieder Projekte geben, welche nicht umgesetzt werden können oder aus irgendwelchen Gründen verschoben werden müssen. Insgesamt kann jetzt aus einem Moment der Stärke agiert werden und verantwortungsbewusst im Sinne der Erhaltung und Förderung von Binningens Attraktivität gehandelt werden. Einerseits wird in die Infrastruktur investiert, gleichzeitig kann ein langfristig ausgeglichener Binniger Finanzhaushalt sichergestellt werden. Damit kann dafür gesorgt werden, dass auch die Nachkommen in Binningen ein attraktives Umfeld mit einer guten Infrastruktur und gesunden Finanzen übernehmen werden können.

Marc Schinzel, FDP möchte zuerst auch noch einmal sagen, dass er sehr beeindruckt ist von der Qualität dieser Vorlage. Einerseits von der Kommission, andererseits auch von der Arbeit welche die zuständige Ressortchefin Eva-Maria Bonetti abgeliefert haben. Das ist eine solide, sorgfältig aufgestellte Planung und zu dieser kann er wirklich ja sagen. Wichtig ist aus freisinniger Sicht die Balance zwischen der Ausgabendisziplin und dem Investitionsbedarf. Die Priorisierung der Aufgaben ist notwendig bei Investitionen, es braucht diese im Schulraum, aber auch dort wo es der Bevölkerung dient, z.B. bei der Schwimm- und Sporthalle. Die moderate Steuererhöhung darf auf keinen Fall, hier werden sie von der FDP genau hinsehen, in einem Wachstum der laufenden Ausgaben versickern. Der Hinweis darauf, dass es immer noch gut ist so wie es jetzt ist in Binningen, reicht nicht aus. Diese Disziplin und Sorgfalt muss weitergeführt werden. Gebundene Ausgaben sind nicht unantastbar. Es gibt immer verschiedene Wege, wie Ziele welche in den gebundenen Ausgaben festgelegt sind, erfüllt werden können. Wenn das nicht möglich ist können dort durchaus auch die gesetzlichen Grundlagen z.B. auch im Kanton evtl. einmal kritisch

hinterfragen. Dies hat heute auch der Stadtpräsident von Liestal in den Medien kundgetan. Dies ist für Binningen durchaus auch ein Auftrag.

Der Gemeinderat begründet diese Steuererhöhung unter anderem mit anstehenden Infrastrukturprojekten, führt *Stephan Siegel, SVP* aus. Es folgen in diesem Zusammenhang immer diese CHF 180 Mio. Diese sind aber noch nicht bewilligt, sie sind auch grössenwahnsinnig. Das kann und wird mit weniger Geld gehen. Dann reichen auch CHF 93 Mio. Überschuss/Vorfinanzierung und die finanzpolitischen Reserven welche vorliegen. Der Gemeinderat spricht weiterhin von Steuererhöhungen für Vorfinanzierung für dringend benötigte Infrastruktur. Wenn dieses eine Prozent ca. CHF 1.3 Mio. Mehreinnahmen ausmacht, wo sind dann diese Vorfinanzierungen? Diese befinden sich eben genau in diesem Wachstum des regulären Haushalts. Aktive Sparbemühungen sieht er keine. Gegenüber Rechnung 2020, 8% Personalaufwand mehr, 22% mehr Sachaufwand. Der Bund hat in dieser Pandemie 15 Jahre Schuldenbremse in wenigen Monaten ausgelöscht. Unser Kanton ist der Kanton mit der zweithöchsten pro Kopf Verschuldung der ganzen Schweiz. Binningen will Steuern erhöhen und Schulden machen als wäre rundherum alles in bester Ordnung. Das wichtigste für die Gesellschaft ist verfügbares Einkommen beim Bürger und nicht beim Staat. Dass die Kollegen aus den linksgrünen Lagern dies anders sehen ist ihm klar, aber über ihre Freunde der FDP sagt man, dass dort das liberale Gedankengut und der ökonomische Sachverstand zu Hause ist. Deshalb sind sie auch für einen schlanken Staat und er fordert sie auf, dieses Budget und diese Steuererhöhung abzulehnen.

Hubert Steffen, SVP schliesst sich seinem Vorredner an. Es wurde gesagt, Binningen bezahlt ja schon CHF 4 Mio. weniger an den Finanzausgleich kantonal. Dann gibt es CHF 1. Mio. mehr Steuereinnahmen und dann nur TCHF 350 Überschuss, das kann es ja irgendwie nicht sein. Das Globalbudget im Vergleich zum Budget 2021 liegt um CHF 4 Mio. höher. Sparbemühungen im Gemeinderat sieht er keine. Verschiebungen von Investition auf die nächste Steuerperiode sind für ihn keine Sparbemühungen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP möchte zu den Kosten und Investitionen noch einmal etwas sagen. Teilweise stimmt dies mit den Lohnkosten, weiterhin steigen diese grossen Posten jedes Jahr an, das ist allen bekannt. Dies sind aber die Ausgaben welche nicht beeinflusst werden können, dies wurde auch mehrmals gesagt. Jene welche beeinflusst werden konnten verfügen nur über ein moderates Wachstum oder sind sogar teilweise zurückgegangen. Sie kann das deshalb so nicht stehen lassen. Wichtig ist, sicherzustellen langfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu haben und zwingend zu vermeiden, dass plötzlich die Finanzen nicht mehr im Griff sind. Genau deshalb muss jetzt kurzfristig in den sauren Apfel gebissen werden, damit vernünftig und nachhaltig diese Zukunft erfolgreich gestemmt werden kann. Dies wurde mit diesem seriös gerechneten, nachhaltigen und sehr verantwortungsbewussten Budget aufgezeigt. Dies ist sicher eine Qualität welche auch die SVP sehr schätzt, denn auch sie wollen keine kurzfristigen Entscheidungen, welche im Nachhinein mehr kosten als dass diese bringen. Im Sinne einer langfristigen nachhaltigen Binninger Zukunft, im Sinne Binningen sowohl infrastrukturell wie auch finanziell attraktiv zu halten, ist dieses Budget der richtige Weg dazu. Deshalb kann sie nur beliebt machen, dieses Budget so anzunehmen. Mit der Annahme dieses Budgets und der moderaten Steuererhöhung kann die weitere, verantwortungsbewusste Entwicklung von Binningen gefördert werden und gleichzeitig ein gesunder Binninger Finanzhaushalt gesichert werden. Ebenso konnte aufgezeigt werden, dass die Refinanzierungskosten welche berechnet werden müssen für die Investitionsplanung welche der Einwohnerrat in Auftrag gibt, in 15 Jahren wieder ausgeglichen auf null sind. Mit den Planungen und Berechnungen wurde aufgezeigt, dass das Budget so Sinn macht und nachhaltig ist, seriös und langfristig. Nur so kann Binningen erfolgreich in die Zukunft geführt und sichergestellt werden, dass auch die Kinder und Nachkommen ein gesundes Binningen übernehmen können.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Der Präsident teilt mit, zu Antrag 2 liegt ein Antrag der SVP vor.

Antrag der SVP: «Die SVP-Fraktion beantragt, das Globalbudget ist linear um zwei Prozent zu kürzen».

Antrag SVP: 5 JA / 28 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 03)

Antrag 2: 29 JA / 5 NEIN (Abstimmung 04)

Antrag 3: 29 JA / 5 NEIN (Abstimmung 05)

Zu Antrag 4 der GRPK ist folgendes festzuhalten: es handelt sich um den Antrage, den Steuerfuss gegenüber dem heutigen Steuerfuss von 48 auf 49% zu erhöhen. Diese Steuererhöhung ist nur möglich, wenn eine 2/3-Mehrheit vorliegt, d.h. bei der Abstimmung braucht es für eine Annahme des Antrags 23 JA Stimmen, anders gesagt 12 NEIN Stimmen. Weiter ist noch zu sagen, dass der Kapitalsteuersatz nur zur Kenntnisnahme ist, darüber wird nicht abgestimmt.

Antrag 4: 25 JA / 9 NEIN (Abstimmung 06)

Antrag 5: Einstimmig Ja (Abstimmung 07)

Antrag 6: 27 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 08)

Antrag 7: 28 JA / 3 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Es wird mit Antrag 8 der GRPK fortgefahren. Dieser Antrag liegt nur zur Kenntnisnahme vor, es gibt darüber keine Abstimmung. Dem Präsidenten liegt aber ein Antrag der Grüne/EVP-Fraktion vor, dass sie ablehnend zur Kenntnis nehmen möchten. Darüber kann nicht abgestimmt werden, der Präsident möchte aber selbstverständlich der Grüne/EVP-Fraktion die Möglichkeit geben, noch einmal Stellung zu nehmen, falls sie noch etwas zu diesem Antrag 8 ausführen möchten.

Thomas Schwarb, Grüne und der Grüne/EVP-Fraktion geht es darum ein Zeichen zu setzen, es ist logisch, dass dies nichts verändert. Dies zu der Äusserung im Investitionsplan, dass dort bereits eine Investition ins Schloss angekündigt wird, wo eigentlich die Hausaufgaben bei weitem noch nicht gemacht sind. Deshalb möchten sie dies ablehnenden zur Kenntnis nehmen. Ablehnend und zustimmend zur Kenntnis nehmen ist beides möglich. Es hat einfach keine materielle Bedeutung, das ist richtig.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP hat noch eine Anmerkung zu diesem Antrag. Bemerkte dazu muss werden, dass das Investitionsbudget Investitionen ins Verwaltungsvermögen beinhaltet. Das Schloss ist aber im Finanzvermögen angesiedelt, Punkt 8 betrifft also das Schloss nicht.

Thomas Schwarb, Grüne hält fest, dass dies die einzige Möglichkeit ist, dazu etwas zu sagen, deshalb wurde das hier untergebracht.

Antrag 9: 33 JA / 0 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.
2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt 55 161 267 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	<u>CHF</u>
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 332 926
- Steuern	1 226 707
- Gesundheit	9 667 969
- Kultur, Freizeit, Sport	4 443 382
- Bildung	22 435 611
- Öffentliche Sicherheit	1 582 212
- Soziale Dienste	9 248 533
- Verkehr, Strassen	2 782 986
- Versorgung	1 079 433
- Ortsplanung, Baugesuche	361 508

3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 55 515 393 Franken werden genehmigt.
4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
 - 49 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2 % Ertragssteuersatz
 - 0,55 ‰ Kapitalsteuersatz (zur Kenntnis)
5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen.
6. Das Budget der Erfolgsrechnung 2022 mit Aufwendungen von 91 810 622 Franken, Erträgen von 92 164 748 Franken und einem Ertragsüberschuss von 354 126 Franken wird genehmigt.
7. Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:
 - Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug (Wischmaschine gross) 210 000 Franken
 - Erneuerung Lüftungssteuerung Sportanlage Spiegelfeld 100 000 Franken
 - Erneuerung Parkettboden Kronenmattsaal 150 000 Franken
8. Das Investitionsbudget 2022 mit Ausgaben von 6 840 000 Franken, Einnahmen von 220 000 Franken und Nettoinvestitionen von 6 620 000 Franken wird zur Kenntnis genommen.
9. Der budgetierte Stellenetat für 2022 mit 11 518.82 Stellenprozenten (Kategorie A) wird genehmigt.

Traktandum 4

Nr. 65

Bericht Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2021

Der Präsident bittet die Präsidentin der SpezKo Schulraumplanung, Barbara Fankhauser, um Erläuterung des Kommissionsberichts.

Barbara Fankhauser, SVP möchte sich zuerst bedanken, dass sie den Bericht jetzt kurz erläutern darf. Noch einmal möchte sie sich ganz herzlich bei allen Personen und Kommissionsmitgliedern bedanken, welche die relative zügige Behandlung dieses Geschäfts in der Spezko und die Entscheidungsfindung erst möglich gemacht haben. An dieser Stelle möchte sie sich auch noch einmal ganz offiziell bei Gemeinderätin Rahel Bänziger entschuldigen, sie hat vorher erfahren, dass sie nicht alle Protokolle erhalten hat. Dies ist schlecht, so war sie nicht wirklich auf dem Laufenden.

Am 28. Oktober in der siebten und letzten Sitzung hat die Spezialkommission Schulraumplanung den vorliegenden Bericht und den einzigen Antrag mit zwei Empfehlungen einstimmig (es waren acht von

neun Mitgliedern anwesend) genehmigt. Ein FDP Mitglied hat gefehlt. Sie haben versucht, den Bericht möglichst kurz zu halten, wollten aber aufzeigen wie sie vorgegangen sind, welche Punkte genauer abgeklärt wurden und wie sie ihre Entscheidung treffen konnten. Das Geschäft wurde in der letzten Sitzung vor den Sommerferien Ende Juni 2021 in die SpezKo zur Überprüfung von folgenden zwei Schwerpunkten überwiesen: a) Überprüfung ob Schüler- und Klassenprognose nachvollziehbar ist b) Überprüfung ob der provisorische Kreditantrag für ein Provisorium angemessen ist. Die SpezKo ist zu folgenden Schlüssen gekommen.

Bericht Schülerprognose Planteam S: Grundsätzlich scheint diese Prognose korrekt zu sein und ist nachvollziehbar, wenn man die Vorjahre betrachtet. Wie kann es jetzt aber sein, dass ein ganzer Textabschnitt auf der S. 15 Abschnitt 3.7 falsch ist. Dort ist von 17% Privatschülern die Rede. Immerhin wurde dann die Berechnung der Privatschüler mit dem korrekten Prozentsatz, nämlich 10%, erfolgt. Dieser grobe Fehler hat jedoch gewisse Zweifel am ganzen Bericht bei einigen Kommissionsmitgliedern ausgelöst.

Zu den Kosten für das vorgeschlagene Provisorium. Im Verlauf der Sitzungen wurde der Kommission klar, dass es sich beim Provisorium nicht um den Einsatz eines Standardcontainers handelt, sondern um eine Spezialanfertigung mit entsprechend längeren Bestellzeiten, baulichen Eingriffen und massiv höheren Kosten. Bei weiteren Abklärungen wurde dann klar, dass der Einwohnerrat bereits 2016 den Vorschlag des Gemeinderats für einen provisorischen Standardcontainer auf dem Hartplatz Amerikanerstrasse abgelehnt hat. Der Standardcontainer auf dem Hartplatz hat einen riesigen Nachteil: dieser kann während der Dauer des Provisoriums nicht mehr genutzt werden. Als Ausweichmöglichkeit wurde bereits 2016 der Spielplatz an der Blumenstrasse / Schafmattweg aufgeführt. Wie gesagt, der Einwohnerrat hat 2016 diesen Vorschlag abgelehnt, und zwar zu Gunsten von zwei Standardcontainern für die Kindergärten am Birkenweg. Einer dieser beiden Container wurde allerdings nie seiner Bestimmung zugeführt. Anstelle die Mühlemattaula zu nutzen – wie es damals geplant war – dient jetzt dieser zweite Standardcontainer als Aula für den Birkenweg. Auch dies hinterlässt zumindest beim einen oder anderen Kommissionsmitglied Fragezeichen.

Eine Thematik war ständiger Begleiter der Kommissionsarbeit. Nämlich der Zeitfaktor. Termine, die mangelnde Abstimmung und das in allen Bereichen. Hier gibt es viel Optimierungspotenzial. Der Gemeinderat hat den Antrag recht und frühzeitig eingereicht und er wurde auch noch im Einwohnerrat behandelt. Es gibt aber wahrscheinlich keinen problematischeren Zeitpunkt für die Einreichung eines solchen Antrags als die letzte Sitzung vor den Sommerferien, vor allem wenn eine Überweisung in eine Kommission da nicht auszuschliessen ist. Zudem lag der Bericht von Planteam S bereits früher vor. Zeitliche Probleme mit der Kindergartenanmeldung: die künftige Belegung der Kindergarten für den Beginn nach den Sommerferien ist aktuell erst im Zeitraum Februar/März im Folgejahr bekannt. Kinder welche im August beginnen, sind erst im Februar/März bekannt. Das ganze Anmeldeprozedere für Kindergärtner sollte also im Zweifelsfall vorverschoben werden, auch wenn die Zahlen eine grössere Unschärfe aufweisen. Somit könnte früher reagiert werden und kurzfristige Handlungen vermieden werden.

Die Kommissionsarbeit hat sich bezüglich Terminfindung schwierig gestaltet. Die meisten Mitglieder und auch viele Ersatzmitglieder sind bereits in anderen Kommissionen tätig. Erschwerend kamen noch die Sommer- und dann auch Herbstferien dazu, in diesem Zeitfenster ist eine Terminfindung praktisch unmöglich. Am Rande bemerkt hat sie dies im ER-Büro bereits platziert und um eine künftige Übersicht über alle Kommissionssitzungstermine gebeten, so dass andere Spezialkommissionen nicht das gleiche Problem haben. Mit einer besseren, strukturierteren terminlichen Abstimmung der einzelnen Teilschritte – in diesem Fall jetzt Vorlage im Einwohnerrat, Datum Kindergartenanmeldung resp. Kindergartenanteile, Berücksichtigung der anderen Kommissionstermine etc. könnten aus ihrer Sicht viele Probleme und Unstimmigkeiten vermieden werden.

In der Kommission wurde auch ein zeitlich befristetes Provisorium diskutiert, insbesondere bei einem möglichen Standardcontainer auf dem Hartplatz. Es ist jedoch nicht an der Kommission die Befristung als Antrag aufzunehmen, der einzige Antrag der Kommission lautet: Der Einwohnerrat weist das Gesch. Nr. 65 zurück. Sie glaubt, dass alle von der Kommissionsarbeit profitieren konnten, weitere interessante Zusammenhänge und Erkenntnisse wurden kennen gelernt. Die familienergänzende Betreuung FEB hat Familien viele Erleichterungen und Vorteile gebracht, dies ist unbestritten. Aus diesem Grund sind aber auch Quartierkindergarten zugunsten von Kindergarten in der Nähe von Primarschulhäusern aufgehoben worden. Das hat einen grossen Einfluss auf die heutige Situation. Es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt. Immer wieder wurde die Frage gestellt, welche Kriterien für die Kindergarteneinteilung ausschlaggebend sind. Dazu gehören definitiv nicht die Überquerung einer starkbefahreneren Strasse sofern diese gesichert ist, sei es mit einer Ampel oder mit Fussgängerstreifen. Auch die Länge und Höhendifferenz des Weges werden berücksichtigt, ebenso Geschwister im gleichen Schulhaus, Kindergarten oder auch das künftige Primarschulhaus.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: die Berechnung zu den Schülerprognosen scheint einigermaßen nachvollziehbar und weist definitiv auf das Szenario «mittel» hin. Auch der Gemeinderat geht vom Szenario «mittel» aus. Es ist also aktuell ausreichend Schulraum vorhanden, ein Provisorium ist nicht nötig. Die Kosten für den Bau eines eigens designten Provisoriums für Binningen sind im Gegensatz zur Miete eines Standardcontainers extrem hoch, zu hoch. Zur Erinnerung: die Auslösung des Bestellauftrags basiert auf der Bewilligung des prov. Kredits im Falle des Szenarios «hoch». Diese Auslösung müsste eben noch in diesem Jahr erfolgen. Zumindest ein Kommissionsmitglied hinterfragt dieses Anliegen. Zum Zeitpunkt der Bestellauslösung für dieses Provisorium jetzt noch in diesem Jahr, liegt die Anzahl Kindergarten im August 2022 noch nicht vor. Somit kann auch gar keine seriöse Aussage zum Eintreffen des Szenarios «hoch» getroffen werden. Aus diesem Grund sollte auch kein Zusammenhang dazu hergestellt werden. Was also passiert, wenn der Antrag des Gemeinderats über CHF 1.7 Mio. entgegen dem Antrag der SpezKo Schulraumplanung bewilligt wird? Böse gefragt, wird eine Bewilligung vom heutigen Abend nicht sofort in der Bestellung des Provisoriums münden? Zumindest ist es legitim, diese Frage zu stellen. Wenn sich im Zeitraum Februar/März das eher unwahrscheinliche Szenario «hoch» herauskristallisieren sollte, bleibt mit der Vorlage eines neuen Geschäfts durch den Gemeinderat und der Verwendung der Empfehlung der SpezKo ausreichend Zeit um eine möglichst optimale Lösung – auch kostentechnisch – für alle Betroffenen auszuarbeiten und dem Einwohnerrat noch vorzulegen. Ein letzter Hinweis: falls der Gemeinderat ein neues Geschäft, basierend auf dem Geschäft Nr. 24 vom 25.11.2016 beim Eintreffen des Szenarios «hoch» vorlegen sollte, liegt es ausschliesslich an ihm, dieses Provisorium auch zeitlich zu befristen. Natürlich können alle Fraktionen diese Befristung, falls sie seitens Gemeinderat fehlen sollte, als Zusatzanträge bei einem neuen Geschäft einreichen. Die Spezialkommission Schulraumplanung empfiehlt ihrem Antrag auf Rückweisung vom Gemeindeantrag zu folgen und bei der Abstimmung der Gemeinderat Antrag abzulehnen.

Die SP-Fraktion hat diesen Bericht der SpezKo Schulraumplanung diskutiert und möchte ein paar grundsätzliche, kritische Anmerkungen dazu machen, informiert *Karin Müller, SP*. Die SP-Fraktion hat damals dem Kredit des Gemeinderats zugestimmt und war gegen eine Überweisung in die SpezKo. Die bürgerliche Mehrheit hat sich durchgesetzt und die Kommission hat sich dann auf einen Kompromiss geeinigt. Die Fraktion möchte betonen, dass dies in keiner Art und Weise Probleme löst, sondern einfach vertagt. Denn der Schulraumangel, das eigentliche Problem in Binningen, ist seit Jahren ein ungelöstes Problem und dies bleibt bestehen, so lange bis das seit einer gefühlten Ewigkeit geplante neue Schulhaus gebaut werden kann. Es ist einer gut situierten Gemeinde wie Binningen nicht würdig, findet die Fraktion, wie im Einwohnerrat seit Jahren verhindert wird, dass dringend benötigter Schulraum im Dorf bereit gestellt werden kann und wie man sich stattdessen über Provisorien streitet. CHF 1.7 Mio. für ein Provisorium sind viel Geld, das stimmt, und es zeigt, dass auch Provisorien nicht gratis sind. Wenn sich die Gemeinde noch Jahrelang mit Provisorien behelfen will, wird das teuer, auch wenn versucht wird den Preis zu drücken in dem man jeden Kredit für eine Ehrenrunde in die Kommission schickt. Das sind Ausgaben welche man sich sparen könnte, wenn man ernsthaft eine dauerhafte Lösung anstreben

würde, und sie nicht immer wieder verzögern würde. Ein Schulhaus, nämlich. Die Notwendigkeit des Schulhauses bestreitet ja niemand, wie auch die bürgerliche Seite immer wieder versichert. Anstatt immer wieder solche Lippenbekenntnisse zu machen, sollte Hand geboten werden für eine dauerhafte Lösung. Ja, Schulraum ist teuer, doch er ist als Schulhaus und nicht als Provisorium eine lohnende Investition in die Zukunft der Gemeinde. Einer Gemeinde, welche sich auf die Fahne schreibt, dass sie familienfreundlich ist. Man muss sich aber nicht wundern, wenn sich viele Familien fragen was denn hier los ist. Denn ein Provisorium kann noch so schön sein, es ist und bleibt ein Provisorium, eine Zwischenlösung und die Botschaft dazu heisst: mehr sind uns unsere Kinder nicht wert. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, den Kreditantrag des Gemeinderats damals abzulehnen, statt in die Kommission zu schicken, wieder mit dem Hinweis man sähe ja ein, dass es zusätzlichen Schulraum benötigt, aber bitte nicht für so viel Geld. Solche Verzögerungstaktiken sind nicht zuletzt eine falsche Investition von Sitzungsgeldern, es ist ein Leerlauf. Der Kompromiss der Kommission zeugt dann auch von einer gewissen Hilflosigkeit. Anstelle eines neuen Provisoriums, welches aber wirklich sehr teuer gewesen wäre und vielleicht sogar zu einem «Providurium» geworden wäre, weil es nämlich so schön gewesen wäre, soll sich die Gemeinde nun mit bereits vorhandenen Räumen oder einfacheren, günstigeren Containern für die Kinder behelfen. Dass diese Lösungen einen Hacken haben ist auch der Kommission bewusst gewesen, wie man dem Bericht entnehmen kann, denn sie gehen wieder auf Kosten von anderen Gruppen. Die Kinder aus dem Quartier um die Amerikanerstrasse hätten nicht mehr ihren ganzen Spielplatz zur Verfügung und die Erwachsenenbildung im Schützenweg 19 müsste sich auch eine neue Bleibe suchen. Diese Gruppen haben doch eigentlich auch das Anrecht auf einen Ort, wo sie sein können und diesen Ort, wo sie jetzt sind. So führt dies wieder zu neuen Problemen. Solche Lösungen sind nur für einen sehr begrenzten Zeitraum von höchstens zwei Jahren geeignet und zeigen nur wieder – und hier schliesst sich der Kreis – dass es höchste Zeit ist endlich den überfälligen, neuen Schulraum im Dorf zu realisieren. Nicht alle aus der SP-Fraktion können sich diesem Kompromiss der Kommission anschliessen, die Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Felix Gerber, glp möchte sich für den vorliegenden Kommissionsbericht im Namen der CVP/glp-Fraktion herzlich bedanken. Es gab zwei Aufgaben, die Plausibilität der Schülerprognose konnte die Kommission relativ rasch abhandeln, dort hatte es einen Fehler was ärgerlich war aber hatte insofern keine weiteren Konsequenzen, als dass die Schülerprognose immer noch gültig ist und das Szenario «hoch» eher unwahrscheinlich ist. Beim zweiten Punkt Kreditantrag und dem Vorschlag des Gemeinderats, wie man den zusätzlichen Schulraum bereitstellen könnte, sollte das Szenario «hoch» eintreten, wurde es schon etwas komplizierter. Wie bereits andere gesagt haben hat die Kommission herausgefunden, dass der Vorschlag der Abriss des jetzigen Kindergartens an der Amerikanerstrasse beinhaltet und einen Bau eines Doppelkindergartens in einem relativ aufwendigen Provisorium. Nach dem alle Antworten vorlagen, alle Informationen gesichtet und auch der Kinderarten besucht wurden, ist die Kommission einstimmig zum Schluss gekommen, dass das wahrscheinlich in der jetzigen Situation nicht die optimale Lösung ist. Das ist auch die Hauptaussage des Berichts. Anschliessend hat die Kommission noch zwei unverbindliche Empfehlungen abgegeben, das vor allem mit dem Hintergedanken, dass man nicht einfach nur etwas ablehnen möchte ohne dass man sich immerhin Gedanken dazu gemacht hat welche Alternativlösungen möglich wären. Beiden Lösungen ist gemein, dass sie die Weiterverwendung des bestehenden Kindergartens an der Amerikanerstrasse für die restliche Zeitdauer beinhalten. Das ist auch die Hauptaussage oder der Grund weshalb man zum Schluss gekommen ist zu sagen, es braucht möglicherweise einen zusätzlichen Einzelkindergarten. Wieso wird der bestehende, eine Einzelkindergarten abgerissen und ein doppelter neu gebaut, anstatt den Einzelnen für diese Periode weiter zu verwenden und zusätzlichen Raum an einem anderen Ort zu suchen. Der wichtigste Vorteil der beiden anderen Möglichkeiten ist zum einen, sie ist günstiger das ist richtig, zum anderen vor allem ist sie aber flexibler und kurzfristiger umsetzbar womit man diesen Termschwierigkeiten etwas aus dem Weg gehen kann, welche die Präsidentin der SpezKo geschildert hat. Entgegen den Vorrednern haben sie es sehr geschätzt, dass das Geschäft so zeitig in den Einwohnerrat gekommen ist. Das hat die Kommissionsarbeit erst ermöglicht. Er war erst auch skeptisch gegenüber dieser Kommissionsarbeit und ja, sie hat Sitzungsgelder gekostet. Wenn man sich die Grössenordnung ansieht und jetzt auch der vorliegende Vorschlag hat sich das schon

gelohnt, dass man genauer hinsehen konnte. Sie werden dem Kommissionsantrag folgen und das Geschäft zurückweisen.

Im Juni hat der Gemeinderat einen Bericht zur Schüler- und Klassenprognose vorgelegt und mit Ratsmehrheit wurde das Geschäft in die Spezialkommission überwiesen, erläutert *Luzia Sutter Rehmann, Grüne*. Diese hat sich alle Mühe gegeben, dieses komplexe Geschäft zu verstehen und günstigere Lösungen zu finden als die beantragten CHF 1.7 Mio. Doch in diesem zeitlichen Korsett, welches u.a. mit Ferien gegeben war, sind nur Lösungsvorschläge aufgekommen, welche letztlich die Grüne Fraktion nicht überzeugen konnten. Weshalb? Die Nachteile welche sich bei einer Zurückweisung dieses Geschäfts abzeichnen sind im Bericht der SpezKo schon aufgeführt. Sie führen kurz gesagt zu Problemverschiebungen, nicht zu Lösungen. Sollte das Szenario «hoch» eintreten – was wahrscheinlich nicht der Fall sein wird – dann wird es einfach eng, sowohl lokal wie auch zeitlich. Die Belegung vom Hartplatz mit einem Kindergarten nimmt den grösseren Kindern einfach schlicht Platz. Raum, welchen sie jetzt auch in dieser Pandemie einfach brauchen. Eine zeitliche Befristung würde dies ja noch akzeptabel machen, aber wer kann angesichts der Verzögerungen beim Bau vom Schulhaus Campus Dorf hier eigentlich einen Zeitraum festlegen und wirklich versprechen? Und was ist mit den fehlenden Werkräumen und den Räumen für die Nachmittagsbetreuung und den Klassenzimmern, welche jetzt im Pestalozzi Schulhaus ausgeliehen sind und wieder zurückgegeben werden müssen. Die Grüne/EVP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass eine Ablehnung des beantragten Kredits für einen neuen Doppelkindergarten letztlich zu Engpässen und unnötigen Verzögerungen führen wird, wenn das Szenario «hoch» eintreten sollte. Der Vorschlag des Gemeinderats ist wenn nötig zügig und zeitnah umzusetzen. So teuer ist dies eigentlich auch wieder nicht, wenn man dafür eine tragfähige Lösung erreicht und nicht im nächsten und übernächsten Jahr wieder mit dem gleichen Problem konfrontiert ist. So kann man sich wirklich auch anderen Aufgaben zuwenden. In diesem Sinne sind sie gegen die Rückweisung dieses Geschäfts und für den beantragten Kredit.

Claudia Fünfschilling, FDP erläutert, dass sich aus Sicht der FDP der Aufwand der SpezKo gelohnt hat. Einerseits konnten diverse Unklarheiten und Details bezüglich dem Bericht über die Schüler- und Klassenprognose geklärt werden. Man konnte festhalten, dass wirklich alle Beteiligten davon ausgehen können, dass das Szenario «mittel» eintreffen wird und somit das Bauvorhaben gar nicht realisiert werden muss. Andererseits hat sich aber die Befürchtung seitens FDP bestätigt, dass das ganze Geschäft – so wie es beantragt wurde – überdimensioniert und sehr teuer ist. So kann dieses sicher nicht bewilligt werden. So hat die Kommission festgestellt, dass es sich nicht um zwei aufeinandergestellte Standardcontainer handelt, sondern um ein parzellenspezifisches Projekt welches auch noch ein Fundament benötigt. Damit war auch klar, weshalb dieses solche Kosten auslöst. Sie persönlich haben zwei Sachen erstaunt: einerseits weshalb man nicht unmittelbar mit einer einfachen, günstigen ausgearbeiteten Variante in irgendeiner Form wie z.B. die vorliegenden Empfehlungen sind, an den Rat getreten ist. Dann wäre es zeitlich nicht so knapp geworden und die Chance, im Rat eine Mehrheit zu finden, wäre höher gewesen. Andererseits hat sie auch erstaunt, dass nicht einmal in Betracht gezogen wurde diese Anmeldefristen einmalig für diesen speziellen Fall etwas vorzuziehen. Natürlich führt dies zu Unschärfen, diese hat man aber auch so wie sie jetzt sind, immer. Effektiv in den Kindergarten gehen die Kinder erst im August. Dies hätte doch eine rechte Entschärfung gebracht bezüglich dem Zeitfaktor. Die FDP wird grossmehrheitlich für die Rückweisung stimmen mit diesen Empfehlungen und ist überzeugt, dass eine einfachere Variante gefunden werden kann, welche in der nötigen Frist umsetzbar ist.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne dankt der SpezKo für ihre Arbeit und für die vertiefte Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema. Wie bereits in der Vorlage erwähnt wurde, ist der Gemeinderat (wie vom Einwohnerrat gewünscht) sehr frühzeitig mit diesem provisorischen Provisoriums Antrag an den Einwohnerrat getreten. Da der Gemeinderat von einem Szenario «mittel» in dieser Schüler- und Schülerinnenprognose ausgeht, ist es eher unwahrscheinlich, dass ein neues Provisorium überhaupt erstellt werden muss. Selbstverständlich baut der Gemeinderat nur, wenn es auch wirklich nötig ist und nicht auf Vorrat. Schliesslich ist neuer Schulraum in Planung am Standplatz Dorf und sie hoffen, dass

dann der Schulraum (welcher momentan in ausreichender Zahl vorhanden ist) am richtigen Ort bereit gestellt werden kann. Dort wo er nötig ist, und das ist am Standort Dorf. Es werden dann auch weniger Klassenverschiebungen nötig sein, diese führen immer wieder zu grosser Aufregung und viel Umtrieb und scheucht alle auf, was auch nicht nötig ist. Zu dieser Schülerinnen- und Schülerprognose ist zu erwähnen, dass der Fehler in der Planteam S Studie bezüglich dem Privatschüleranteil sehr ärgerlich ist, es ist verständlich, dass dies bei einigen gewisse Zweifel an der Verlässlichkeit dieses Berichts hinterlassen hat. Die Zahlen sind aber nur im Text falsch, das soll keine Entschuldigung sein, für die Modellrechnungen wurden die richtigen Prozentzahlen als Grundlagen verwendet. Die Zahlen in den Prognosen stimmen mit den richtigen Annahmen überein. Bei den Kosten für das Provisorium ging man von ca. CHF 1.7 Mio. aus. Genauere Werte hätten wohl mit einem grösseren Zeit- und Verwaltungsaufwand bereit gestellt werden können. Da der Gemeinderat aber davon ausgeht, dass dieses Provisorium nicht benötigt wird, sind keine zeit- und kostenintensivere Abklärungen dazu getroffen worden. Es handelt sich auch nicht um eine Spezialanfertigung. 2016 hat der Einwohnerrat abgelehnt, ein Provisorium auf den Hartplatz zu stellen, darauf hat man reagiert. Es war die Absicht, das Provisorium möglichst nah am Standort Dorf zu erstellen. Dann ergab sich die Möglichkeit, denn jetzigen Standort abzubrechen, ein Fundament zu erstellen und darauf das Provisorium welches vom Gemeinderat vorgeschlagen wurde zu errichten. Alternative Standorte wurden von der Verwaltung bereits im Vorfeld geprüft. Diese werden auch wieder geprüft, sollte ein Provisorium wirklich nötig werden. Im Primarschulrat wurde diese Vorlage ebenfalls diskutiert an der Sitzung vom 17. November 2021. Sie wurde im Namen des Primarschulrats aufgefördert, ihre Haltung zu diesem Geschäft im Einwohnerrat darzulegen. Der Primarschulrat unterstützt die Gemeinderatsvorlage von einem allfälligen Provisorium an der Amerikanerstrasse. Der Gemeinderat kann so die Möglichkeit erhalten – im Bedarfsfall wenn das Szenario «hoch» eintritt – eine Investition für ein Provisorium tätigen zu können. Der Gemeinderat steht hinter dieser Vorlage. Der damit verbundene Auftrag des Einwohnerrats nach einer 15-monatigen Vorlaufzeit bei einem allfällig nötigen Provisorium wird eingehalten. Sollte nach einer Ablehnung dieser Vorlage oder einer Rückweisung das unerwartete Szenario «hoch» eintreten, müsste sie wiederum mit einer Provisoriumsvorlage an den Einwohnerrat gelangen. Dann wird sie jedoch die des Einwohnerrats geforderte Vorlaufzeit der 15 Monate höchstwahrscheinlich nicht einhalten können und hofft dann auf das Verständnis des Einwohnerrats. Sie bedankt sich beim Einwohnerrat, wenn er dieser Vorlage zustimmen und nicht dem Antrag der SpezKo auf Rückweisung Folge leisten würde.

Marc Schinzel, FDP erklärt zuerst seine Funktion. Er amtiert als Präsident vom Primarschulrat Binningen. Er äussert sich jetzt nicht für den Primarschulrat, sondern selbstverständlich als gewählten Einwohnerrat. Zum Glück handelt es sich um eine Phantomdiskussion. Die Ausgaben für Provisorien werden in jedem Fall nur fällig, wenn das Szenario «hoch» eintritt. Man befindet sich jedoch gemäss seinen neusten Informationen tief im Szenario «mittel». Es ist anzuerkennen, dass die SpezKo Schulraumplanung ihren Auftrag ernst genommen und nach Alternativen gesucht hat. Dennoch ist er vom Lösungsvorschlag nicht überzeugt, so wie er jetzt als Antrag der SpezKo vorliegt. Dies aus folgenden zwei Gründen. Erstens: wenn dieses unwahrscheinliche Szenario «hoch» eintreffen sollte, muss der Gemeinderat rasch handeln können. Jede Lösung braucht einen zeitlichen Vorlauf. Eine finanzielle Ermächtigung des Gemeinderats macht deshalb Sinn. Diese ist eben genau an das Szenario «hoch» gebunden. Der Gemeinderat hat nicht einfach beliebig Spielraum, sondern die finanzielle Ermächtigung ist an das Szenario «hoch» gebunden. Zweitens: die Option einen Container auf den Hartplatz beim Kindergarten Amerikanerstrasse zu stellen ist nicht befriedigend. Dieser Spielplatz ist – auch wenn er gestalterisch wenig attraktiv daherkommt – einer der am besten genutzten Spielplätze in Binningen. Gerade dieses Quartier in und um die Talsohle herum hat ein Mangel an Räumen für Freizeitgestaltung. Die Anwohnerschaft hat sich immer sehr stark für diesen Spielplatz eingesetzt. Das ist aus seiner Sicht verständlich. Binningen muss für die Bevölkerung attraktiv sein, auch in der Talsohle.

Thomas Haefele, FDP möchte noch etwas zum Votum von Karin Müller entgegnen. Sie hat unterstellt, dass das Geschäft nur in die SpezKo überwiesen wurde wegen der bürgerlichen Mehrheit. Er glaubt, am

28. Juni von diesem Jahr gab es keine bürgerliche Mehrheit, diese gibt es schon länger nicht mehr. Vielleicht löste dieses Geschäft einfach so viel Zweifel aus, dass die rotgrüne Allianz nicht ganz so gut funktioniert hat. Sie hat ihnen unterstellt, dass ihnen Kinder nichts wert sind. Er glaubt nicht, dass dies so ist. Er weiss nicht, wie nachhaltig es ist und wie viel Wertschätzung gegenüber der nächsten Generation es ist, wenn einfach CHF 1.8 Mio. ausgegeben werden für ein Provisorium. CHF 1.87 Mio. sind 3.4% vom Jahresbudget. Das ist einfach nicht nachhaltig und nicht sinnvoll, einen so hohen Betrag für ein Provisorium auszugeben welches nur zwei bis drei Jahre in Gebrauch ist. Weiteres hat sie gesagt, dass die Erwachsenenbildung nicht mehr existieren kann und kein zu Hause mehr hat. Er glaubt nicht, dass dies der Fall ist. Das wurde auch in der SpezKo diskutiert. Es kostet einen Bruchteil für die Erwachsenenbildung im Zentrum ausreichend Raum anzumieten gegenüber dem beantragten Kredit von CHF 1.87 Mio. Deshalb denkt er, dass es nachhaltigere Lösungen gibt als ein solches Provisorium zu bauen.

Thomas Hafner, CVP meint das Szenario «hoch» wird so wie es aussieht wahrscheinlich wirklich nicht eintreffen. Aus diesem Grund findet er den Weg welchen die SpezKo aufgezeigt hat trotzdem gut. Die CHF 1.7 Mio. einfach für eine kurze Zeit auszulegen findet er schade. Er ist überzeugt, dass das Schulhaus – sprich der Campus – gebaut wird. Dies sogar relativ bald (in den nächsten vier bis fünf Jahren). Er bedankt sich beim Gemeinderat, dass dieser dieses Geschäft so früh gebracht hat. Der Einwohnerrat wollte dies, jetzt liegt es auf dem Tisch und er fand es gut, dass es diskutiert wurde. Die Gemeinderätin hat gesagt, wenn noch einmal umgedacht werden muss können die 15 Monate nicht mehr eingehalten werden. Damit hat er auch kein Problem, die 15 Monate wurden ja jetzt bereits für die Diskussion eingehalten. Schade fände er es, wenn man die Erwachsenenbildung am Schützenweg wirklich auslagern müsste. Es wäre ihm wichtig, dass man sich mit der Erwachsenenbildung austauscht und dies in einem guten Einvernehmen lösen würde. Er hat gesehen, dass die Sport- und Schwimmhalle 2022 traktandiert werden soll. Diese Sporthalle war seit Beginn seiner Tätigkeit als Einwohnerrat immer ein Thema und er möchte beliebt machen, jetzt wirklich mit dem Geschäft Schwimmhalle etc. bald zu kommen.

Urs Hauri, parteilos / Grüne meint alle hoffen, dass das Szenario «hoch» nicht eintrifft und dieses Geld nicht ausgegeben werden muss. Es ist aber auch nicht so, dass CHF 1.7 Mio. gegen null steht. Wenn die CHF 1.7 Mio. nicht ausgegeben werden wird für den Rest nicht einfach CHF null ausgegeben. Es braucht trotzdem ein Provisorium. Er möchte Marc Schinzel herzlich danken für den Input zum Hartplatz an der Amerikanerstrasse. Sie sind selber im Zentrum und es ist so, dass es dort sehr wenig Freiraum für Kinder zum Spielen gibt. Wenn dieser Freiraum dort auch noch entfällt, gibt es für diese Kinder einen grossen Nachteil. Der Bau des Schulhaus Dorf ist zeitlich unklar. Dort wird auch wieder Freiraum verloren gehen für Kinder über eine lange Zeit. Deswegen möchte er eine Lanze dafür brechen, diesen Kredit halt doch zu sprechen.

ABSTIMMUNG

Antrag SpezKo: 18 JA / 13 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat weist das Geschäft Nr. 65 «Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2021» (Legislatur 2020 – 2024) mit folgenden Empfehlungen an den Gemeinderat zurück:

Sollte das «Szenario hoch» widererwarten eintreffen, legt der Gemeinderat ein neues Geschäft nach Prüfung folgender Optionen vor:

1. Auf der (aktualisierten) Basis des Geschäfts Nr. 24 vom 25.11.20216 («Schulraumplanung, dringend notwendige Provisorien ab Sommer 2017», Antrag 1) bleibt der Kindergarten Amerikanerstrasse in Betrieb und wird mit einem zeitlich klar befristeten Standardprovisorium auf dem benachbarten Hartplatz ergänzt.

2. Der Kindergarten am Schützenweg wird durch die Umquartierung der Erwachsenenbildung, welche die Räumlichkeiten momentan besetzt, freigespielt.

Traktandum 6

Nr. 73

Postulat BPK: Fahrradweg im Perimeter Schulcampus Dorf

Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat anzunehmen erläutert der *Einwohnerratspräsident*.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht so wie bei der BPK für den eingereichten Vorstoss. Die CVP/glp-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird dieses Postulat für eine Prüfung überweisen. Die Fraktion begrüsst jegliche mögliche Verbesserungsmassnahme zur Sicherheit der Fussgänger, der Zweiradfahrer sowie der Schüler im Bereich des Schulgeländes nach dem Bauprojekt Schulcampus Dorf. Hauptsächlich auch während der kommenden Bauzeit, während welcher man den Sicherheitsanforderungen noch viel mehr Beachtung schenken muss.

Das Postulat wurde in der FDP-Fraktion besprochen, erläutert *Daniel Setz, FDP*. Sie sind überzeugt, dass es hoffentlich eine bessere Lösung für diesen Fahrradweg gibt. Vor allem wenn ein Projekt für über CHF 40 Mio. gebaut wird, muss es bestimmt eine Lösung für einen sicheren Fahrradweg geben. Die FDP wird einstimmig für eine Überweisung stimmen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Nr. 74

Postulat Th. Schwarb, Grüne/EVP-Fraktion: Ergänzung des Jahresberichts

Thomas Schwarb, Grüne bedankt sich, dass er zu seinem Postulat das Wort hat. Dies scheint in den Augen des Gemeinderats etwas suspekt zu sein. Das Postulat hat zwei Zielrichtungen. Einerseits geht es darum den Jahresbericht um eine Berichterstattung der Gemeinderatstätigkeiten zu erweitern. Andererseits soll auch etwas über die Arbeitsbelastung des Gemeinderats gesagt werden. Warum macht das Sinn? Wenn man über den Tellerrand schaut, so sieht man in den Jahresberichten der grösseren Aktiengesellschaften, dass es üblich ist ziemlich ausführlich über die Tätigkeiten der Verwaltungsräte zu berichten. Als Beispiel kann die Roche genommen werden. Dort werden Ziele, Aufgaben und Leistungen des Verwaltungsrats relativ offen gelegt. Es wird sogar berichtet, dass der Verwaltungsratspräsident von den anderen Mitgliedern eine Leistungsbeurteilung bekommt. Auch bei spezialrechtlichen Gesellschaften wie die z.B. die SBB findet man ganz ähnliches. Wir sind keine Aktiengesellschaft und im öffentlichen Recht ist es immer etwas anders, aber gerade bezüglich Transparenz gilt dies überhaupt nicht. Es wird

sogar mehr Transparenz gefordert. Die Baselbieter Verfassung sieht ja deshalb beispielsweise das Öffentlichkeitsprinzip vor. Geheimhaltung ist nicht das Ziel, sondern das Grundsatzziel alles ist öffentlich und nur etwas vertraulich, wenn es dafür legitime Gründe gibt. In diesem Sinne ist der Jahresbericht bei weitem nicht «state of the art». Warum es Sinn macht, sich Gedanken über die Arbeitslast und Unterschiede bei den Gemeinderäten zu machen hat er im Postulat begründet. Es stellt sich noch die Frage, ob sich dieser Aufwand lohnt. Die Mehrheit der Privat- und öffentlichrechtlichen Aktiengesellschaften bejahen das offenbar. Richtig ist trotzdem sicher, dafür nicht zu viele Ressourcen einzusetzen. Deshalb hätte er sich gewünscht, dass sich der Gemeinderat wenigstens Gedanken macht, wie man dies umsetzen könnte. Was er zwar nicht will. Dennoch hätte er sich vorstellen können dies zuerst einmal experimentell auszuprobieren. Vielleicht in den ersten Jahren vielleicht separat etwas zu berichten und nach einem gangbaren Weg zu suchen um dort einen Nutzen draus zu gewinnen. Die relativ einfache Verweigerung des Anliegens ist insofern überraschend für ihn. Vielleicht weil er in seinen beruflichen Tätigkeiten mit solchen Anliegen vertraut ist und in diesen Fällen sogar von diesen Auftraggebern Geld für solche Empfehlungen bekommt. Es ist also kein exotisches Anliegen, sondern es wäre ein kleiner Fortschritt in der Berichterstattung der Gemeinde Binningen.

Rahel Amacker, CVP findet die Forderung politische Arbeit möglichst transparent darzulegen legitim. Transparenz bei politischen Tätigkeiten und Prozessen kann erheblichen Einfluss auf die Zufriedenheit und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik haben. Es gilt bei diesem Postulat allerdings zwei zentrale Fragen zu stellen. Erstens: wird die Ergänzung des Jahresberichts mit den Angaben über die Arbeit der einzelnen Gemeinderatsmitglieder einen Mehrwert generieren? Sie können keinen wirklichen Mehrwert erkennen. Zweitens: mit welchem Aufwand wäre die Ergänzung verbunden? Ihrer Meinung nach würde der administrative Aufwand den möglichen Nutzen klar übertreffen. Aus diesen beiden Gründen spricht sich die CVP/glp-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulats aus. Der Gemeinderat ist ein Exekutiv Organ welches als Team funktionieren soll. Sie sind überzeugt, dass der Gemeinderat eigenständig für eine ausgeglichene Belastung der einzelnen Mitglieder sorgen kann. Sollte eine längerfristige, strukturelle Ungleichheit bestehen, müsste man sich Gedanken machen die Organisationsform zu reformieren.

Simone Abt, SP informiert, dass sie SP-Fraktion in der Sitzung dieses Postulat kontrovers diskutiert hat. Sie haben sowohl Vorteile dieses Ansehens wie auch die kritischen Punkte wie sie jetzt Rahel Amacker kurz und prägnant dargelegt hat erwogen. Sie haben bei einer konsultativen Abstimmung festgestellt, dass sie sehr gut aufgeteilt sind und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Alle sehen aber beide Aspekte, welche beide legitim und wichtig sind.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich für die Voten welche nachvollziehbar, sowohl dafür wie auch dagegen gewesen sind. Ihm würde grundsätzlich das Modell einer Aktiengesellschaft sehr gut gefallen, aber sie sind in einer anderen Organisation. Jedes Gemeinderat Mitglied würde gerne und sicher ausführlich über die vielen, guten Taten für die Gemeinde berichten. Wenn man die Jahresberichte liest, kann man wenn man weiss wie die Gemeinde funktioniert auch das Engagement der entsprechenden Gemeinderatsmitglieder herauslesen. Auch wenn sie dies nicht in ihrem Namen kundtun. Die Gemeinderatsmitglieder sehen sich in einer engen Verbindung mit der ganzen Verwaltung, sie sind ein Team und lösen gemeinsam Aufgaben. Je nach Thema welches man als Gemeinderat betreuen darf, gibt es Geschäfte welche publikumswirksamer sind und andere, welche viel stärker im Hintergrund ablaufen. Viel wichtiger ist, dass der Gemeinderat als Gremium seine Ziele erreicht. Sehr oft ist es so, dass ein Gemeinderatsmitglied federführend ist, aber zum Gelingen von einer Aufgabe die Unterstützung von weiteren Gemeinderatsmitgliedern notwendig ist. Das macht die ganze Sache etwas komplex. Die Belastung ist durchaus ein Thema und je nach Ressort gibt es Momente wo mehr oder weniger Arbeit anfällt. Es ist die Aufgabe des Gremiums zu schauen, dass diese Balance erhalten werden kann. Es gibt verschiedene Möglichkeiten damit umzugehen und diesen Vorstoss haben sie zum Anlass genommen, intern die Frage zu stellen und sich auch gewisse Gedanken gemeinsam zu machen. Er bedauert ausserordentlich,

dass es im Gemeinderat eine Nachwahl geben wird. Dies gibt aber auch eine Gelegenheit im diesem Zusammenhang die Frage der Geschäftsverteilung zu stellen. Ein solcher Mechanismus läuft immer ab. Dies in einem Jahresbericht abbilden zu wollen sieht der Gemeinderat weniger.

Karin Glaser, Grüne erläutert, dass in jedem Handwerksbetrieb jeder Mitarbeiter seine Stunden aufschreiben muss und beschreibt, was er tut. Sie traut sich zu behaupten, dass es auch für jeden Gemeinderat selbst interessant sein dürfte zu sehen, in einer Woche, in einem Monat, was er überhaupt gemacht hat. Es muss ja nicht ein Protokoll geschrieben werden über jede Stunde, sondern eine Zusammenfassung. Sie meint, der Aufwand dies einmal versuchsweise zu tun, dürfte nicht so unglaublich unmenschlich hoch sein.

ABSTIMMUNG

Nicht Überweisung Postulat: 10 JA / 18 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 13)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 79

Interpellation B. Fankhauser, SVP-Fraktion: Stand Versorgungsregion

Es liegt eine schriftliche Antwort des Gemeinderats zur Interpellation vor. Die Interpellantin wünscht die Diskussion.

Barbara Fankhauser, SVP bedankt sich bei der zuständigen Gemeinderätin für die Beantwortung ihrer Interpellation. Wie so oft werden durch die Beantwortung der Fragen einige Sachverhalte klarer, gleichzeitig können aber auch neue Fragen auftauchen. Aus aktuellem Anlass möchte sie wissen, wie es nach dem Rücktritt von Barbara Jost weitergeht. Bleibt das Präsidium der Versorgungsregion in Binningen? Wie sieht auch die Nachfolge in der Delegiertenversammlung aus? Nebst diesen Punkten gibt es weitere, welche sie interessieren da sie auf gewisse Fragen nur oberflächliche Antworten erhalten hat.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP weiss sicher, dass sich die Delegiertenversammlung selber konstituiert. Weder ihre Nachfolge ist klar, noch ob der Gemeinderat in der neuen Zusammensetzung wie Mike Keller vorher erwähnt hat, die Geschäftskreise so belässt wie sie sind und ihre Nachfolge dann auch diesen Geschäftskreis übernimmt. Noch wie sich nachher die Delegiertenversammlung konstituieren wird. Das ist offen. Sie kann sich vorstellen, dass Binningen weiterhin Interesse hat das Präsidium zu haben. Schliesslich hatten sie einmal den klaren Auftrag des Einwohnerrats dort eine führende Rolle wahrzunehmen. Die Leitgemeinde ist Allschwil, dies ist so festgesetzt, weil die Fachstelle dort beheimatet ist. Das Präsidium ist offen und es liegt in den Händen der Delegierten dies zu bestimmen.

Barbara Fankhauser, SVP bedankt sich. Sie hat noch ein paar Nachfragen zu den Antworten. Frage 3a) Es würde sie interessieren, welchen spezifischen Aspekte und Bedürfnisse für die Versorgungsregion von Binningen eingeflossen sind. Sie hat keine Aussagen dazu gefunden. Frage 4b) ist ihrer Meinung nach unbeantwortet. Der interessante Punkt wäre ja, ob die Leistungserbringer in der erwähnten Arbeitsgruppe mitgewirkt haben, dies kommt nicht klar hervor. Wenn ja, welche Leistungserbringer waren dies. Das Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung sollte im Spätherbst beginnen. Die Pandemie verzögert dies, gibt es aber ein neues Zeitfenster? Und wann? Externe Arbeitsunterstützung: wurden Alternativen

zu «Inspire» geprüft, andere Institutionen z.B. Leistungserbringer aus der Versorgungsregion welche diese Aufgaben bereits wahrnehmen, diese gibt es ja anscheinend. Auch nicht ganz klar ist der Kostenpunkt. Es sind Rechnungen angefallen welche relativ transparent sind. Aber es wurden ja bereits Räumlichkeiten und Infrastruktur angemietet, stehen diese leer, wird Miete bezahlt, kann vom Vertrag zurückgetreten werden?

Gemeinderätin Barbara Jost, SP sagt gerne noch etwas mehr dazu. Die Entwicklung ist schwierig abschätzbar und die Antworten, welche sie am 09. November gegeben hat würde sie evtl. bereits heute schon wieder anders beantworten. Der politische Prozess ist nicht ganz einfach, welche dem Ganzen zu Grunde liegt. Der Workshop mit den Leistungserbringern hat stattgefunden. Es waren nebst den grossen Leistungserbringern – welche eine Leistungsvereinbarung haben mit den Gemeinden – auch Personen welche interessiert sind und bereit sind eine Dienstleistung zu erbringen dabei. Z.B. auch der Verein «Seniorinnen für Senioren» war anwesend und Vertretungen der Kirchen. Das hauptsächliche Thema welches aufgenommen und als wichtig erachtet wurde für die Region und Binningen war das Wohnen. Wohnen bleiben im angestammten Wohnraum, und dabei Unterstützung zu bekommen. Viele Inputs gingen in diese Richtung. Der Einbezug der Leistungserbringer erfolgte sehr breit zu grundsätzlichen Themen. Aus der Mitwirkung der Bevölkerung wurde auch im November nichts, neu ist diese für den Frühling angedacht. Man stellt aber auch fest, dass das Versorgungskonzept ausgereifter sein muss damit man damit auch an die Bevölkerung gelangen kann. Inspire ist nicht einfach eine externe Firma, sondern kommt von den Pflegewissenschaften. Es handelt sich dabei um eine wissenschaftliche Begleitung, Inspire hat einen Auftrag vom Kanton Baselland. Sie haben den Auftrag, im Aufbau der Versorgungsregionen Gemeinden zu Begleiten. Im Speziellen im Hinblick auf die Bedarfsabklärung. Die Gemeinden konnten entscheiden, ob sie dies möchten oder nicht. Allschwil, Binningen und Schönenbuch haben sich entschieden, diese Unterstützung und Begleitung anzunehmen. Inspire begleitete unter anderem bei der Erarbeitung der Grundlagen des Versorgungskonzepts. Ein Teil davon war diese Bevölkerungsbefragung welche sehr viele, sehr wertvolle Hinweise hervorbrachte. Insbesondere darauf, wie die alternde Bevölkerung, die betagten Menschen in Binningen sich vorstellen, ihr betagtes Alter zu leben und ihren Lebensabend zu gestalten. Inspire hat ein Screening, ein geriatrisches Assessment entwickelt. Die Idee ist es, dieses in die Fachstelle zu integrieren. Räumlichkeiten wurden angemietet und sie sind ausgestattet. Jemand könnte dort die Arbeit aufnehmen. Im Juni hat es so ausgesehen, als ob jetzt auf Herbst eine Leitung der Fachstelle gefunden wurde welche mit dem Aufbau hätte beginnen können. Die Räumlichkeiten final in Betrieb nehmen, Personal engagieren, Aufnahme der Arbeit am Versorgungskonzept mit den Delegierten etc. Dann kam der Regierungsratsentscheid einerseits, andererseits hat es mit der Besetzung der Stelle nicht geklappt. Momentan wird die Planung wiederaufgenommen und Beschlüsse stehen an welche dann in den Gemeinderat kommen. Das Vorankommen ist aktuell etwas träge.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Beantwortung der Interpellation.

Traktandum 9

Diversa

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte die Gelegenheit nutzen sich im Rahmen des Gemeinderats bei den Einwohnerratsmitgliedern für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit herzlich zu danken. Ein turbulentes und ein für alle nicht ganz so geplantes Jahr geht zu Ende. Auch wenn es in diesem Saal beim einen oder anderen Geschäft unterschiedliche Meinungen gab, so hat der Rat 2021 nahezu einen Rekord an bearbeiteten und diskutierten Geschäften erreicht. Das geht manchmal vergessen

in der Hektik, aber was hier behandelt wird ist nicht ohne. Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Vorlagen des Gemeinderats entsprechend zu prüfen und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Auch wenn diese nicht immer Deckungsgleich sind mit den Anträgen des Gemeinderats, so ist es aber immer noch im Wohlwollen der Gemeinde passiert. Manchmal ist es auch gut mit unterschiedlichen Blicken ein Geschäft zu betrachten, darüber gemeinsam zu diskutieren und nachher entsprechende Beschlüsse zu fassen. Manchmal ist es nicht ganz so einfach in einem solchen Parlament alle Hintergründe und Fakten offen zu legen, da es das eine oder andere gibt welches vertraulich ist und aus diesem Grund dann eher in einer Kommissionsberatung erklärt werden kann. Aber auch bei den Kommissionsberatungen hat es ganz tolle Diskussionen gegeben. Am Schluss auch zielführende Punkte welche daraus gezogen werden konnten und das Parlament anschliessend in Beschlüsse umsetzen konnte. Er bedankt sich bei allen ganz herzlich für die tolle Arbeit. Der Präsident hat es erwähnt: Covid macht an vielen Orten einen Strich durch die Rechnung. So auch für den heutigen Apéro. Trotzdem möchte er die Einwohnerratsmitglieder einladen vor dem Saal auf dem Heimweg noch einen Schluck Glühwein zu nehmen. Der Gemeinderat offeriert allen welche auf dem Heimweg daran vorbei gehen einen Glühwein, es handelt sich also nicht um eine politische Veranstaltung und es ist nicht Teil der Einwohnerratsitzung. Die Verantwortung liegt bei jedem einzelnen, gleich nach Hause zu gehen oder noch etwas stehen zu bleiben. Sie würden sich freuen, wenn alle zumindest einen solchen Becher entgegennehmen und diesen geniessen würden. In Gedanken versunken sich vielleicht auch darauf freuen, wenn wieder ein Weg in die Normalität gefunden werden kann und wie das früher üblich war, miteinander Ende Jahr anzustossen. In diesem Sinn wünscht er allen gute Gesundheit und alles Gute. *[Applaus]*

Der *Einwohnerratspräsident* möchte dem Gemeinderat ganz herzlich im Namen des ganzen Einwohnerrats danken für diese freundliche, nette Einladung. Alle freuen sich sicher, diese Sitzung noch etwas gemeinsam ausklingen zu lassen. Die nächste Sitzung ist bereits im neuen Jahr und findet am 24. Januar 2022 um 19.30 Uhr statt. Er bedankt sich ganz herzlich für die heutige, konstruktive Sitzung, die engagierten Voten und Meinungen seitens aller Einwohnerräte und des Gemeinderats. Bis dahin wünscht er allen gute Gesundheit. Hoffentlich ebenso eine schöne Advent- Weihnachts- und Jahreswechselzeit. Der Präsident schliesst die Sitzung um 21.58 Uhr. *[Applaus]*.

ER-Sitzung vom 06. Dezember 2021

		Gesch. Nr. 81A									Gesch. Nr. 65	Gesch. Nr. 73	Gesch. Nr. 74
		02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13
Nr.	Name Fraktion	Genehmigung der Leistungsaufträge	Antrag SVP Kürzung Globalbudget um 2%	Genehmigung des Globalbudgets	Genehmigung der Positionen ausserhalb des Globalbudgets	Ansätze für Gemeindesteuern: 49% Steuerfuss 2% Ertragssteuersatz	Feuerwehersatzabgabe 3 % des steuerbaren Einkommens	Genehmigung Budget Erfolgsrechnung 2022	Direktbeschluss von drei Direktausgaben	Genehmigung des Stellenetats für 2022	Antrag SpezKo Rückweisung	Überweisung Postulat	Nicht überweisen Postulat
1	Bertschi EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Büschlen Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser K. Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Glaser S. Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Hauri S. Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Hauri U. Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Schilling Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
8	Schwarb Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10	Abt SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
11	Appenzeller SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
12	Benthous SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
13	Büchelin SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
14	Jehle SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
15	Müller SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
16	Schellenberg SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
17	Strondl SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung
18	Tribolet SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Alt CVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
20	Amacker CVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Gerber GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
22	Hafner CVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
23	Frauchiger FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
24	Frey FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Fünfschilling FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Häfele FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Inäbnit C. FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Inäbnit S. FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
29	Maier FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted	Not voted
30	Meyer FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Schinzel FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
32	Setz FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
33	Zimmermann FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Blaser SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Fankhauser SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Keller SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
37	Oberli SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
38	Siegel SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
39	Steffen SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
40	Widmer SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
TOTAL													
Ja		34	5	29	29	25	34	27	28	33	18	33	10
Nein		0	28	5	5	9	0	5	3	0	13	0	18
Enthaltungen		0	1	0	0	0	0	2	3	1	2	0	4
		34	34	34	34	34	34	34	34	34	33	33	32